

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD**Entschädigung für NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die grundsätzliche Einigung über die Einrichtung einer Bundesstiftung zur Entschädigung für Zwangsarbeit unter dem Nationalsozialismus. Dies kann keine Entschädigung und Wiedergutmachung im juristischen Sinn mehr sein; wohl aber das längst überfällige Zeichen der Anerkennung historischer Schuld und moralischer Verantwortung.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Bildung und Ausstattung der Stiftung und die Auszahlung ihrer Mittel an die früheren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter so schnell als möglich erfolgen — und in einer Art, die eine respektvolle Anerkennung der Ansprüche gewährleistet. Nur dann können die Mittel der Stiftung bei den Opfern der NS-Zwangsarbeit, die meist in schwierigen Verhältnissen leben, noch ankommen — moralisch und materiell. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass der Senat wie auch die Archive und wissenschaftlichen Einrichtungen im Land die Arbeit der Stiftung bei der Anerkennung der Ansprüche und der Auszahlung von Leistungen nach ihren Möglichkeiten unterstützen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich der politischen Verantwortung des heutigen deutschen Staates und der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft für den sehr späten Versuch einer Wiedergutmachung an den Opfern der NS-Zwangsarbeit. Sie geht davon aus, dass der Bund und die Länder in den zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten bereits aufgenommenen Gesprächen eine einvernehmliche Lösung zur Finanzierung des von staatlicher Seite zugesagten Beitrags von fünf Milliarden DM entwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zugesagten fünf Milliarden DM jetzt sehr schnell zur Verfügung gestellt werden und sich alle Unternehmen, die während des Nationalsozialismus von der Zwangsarbeit profitiert haben, an der Aufbringung dieser Mittel beteiligen.

Dr. Kuhn,
Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU
Helga Ziegert, Böhrnsen und Fraktion der SPD